Offene Worte

Zeitung der LINKEN für den Barnim November 2015, 25. Jahrg.

Gedenken an die Opfer der Pogromnacht am 9. November 1938 an den Stolpersteinen in Bernau (Foto links) *und die Mitglieder der LINKEN Karin Wagner, Fred Sponner und Wolfgang Sachse an der Gedenkstätte „Wachsen mit Erinnerung" in Eberswalde (*rechts).

Aber in diesem Jahr gibt es kein Gedenken an Opfer von Gewalt, Rassismus und Krieg ohne an die Menschen zu denken, die aktuell vor Krieg fliehen. Bei einem Vernetzungstreffen der Barnimer Willkommensinitiativen am 8. November in Eberswalde wurden menschliche Lösungen eingefordert: „Zur Zeit leben viele Flüchtlinge in sogenannten Übergangswohnheimen, Wohnverbünden und Notunterkünften. Sie wohnen dort in sehr beengten Verhältnissen ohne Privatsphäre. Diese Form der Unterbringung sorgt für Stress, macht krank, verstärkt und führt zu weiteren Traumatisierungen. Wir fordern daher eine schnellstmögliche dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen in Wohnungen". Die Vertreterinnen und Vertreter der Willkommensinitiativen machen dabei auf den Wohnungsleerstand zum Beispiel in Eberswalde aufmerksam, in der städtischen Wohnungsbaugesellschaft WHG stünden über 700 Wohnungen leer. Diese sollten schnellstmöglich in einen nutzbaren Zustand versetzt werden.

DIE LINKE Brandenburg unterstützt die Vernetzung der Willkommensinitiativen, das nächste Netzwerktreffen wird am 20.November um 17 Uhr bei der Linksfraktion im Landtag Brandenburg stattfinden. Fotos: Kraffczyk, Kaiser

Preiswerte Wohnungen

Land Brandenburg fördert sozialen Wohnungsbau/Kommunale Wohnungsbaugesellschaften könnten mit Neubau im Berliner Umland Mieten bremsen

Von Lutz Kupitz
Vorsitzender der Kreistagsfraktion der LINKEN

Die Förderung des sozialen Wohnungsbaus in Brandenburg war lange Zeit kein herausgehobener Schwerpunkt der Förderpolitik des Landes. Die LINKE hatte schon lange gefordert, dem sozialen Wohnungsbau wieder einen höheren Stellenwert einzuräumen. Die Nachfrage, insbesondere in den Städten mit einer angespannten Wohnungssituation ist schon seit geraumer Zeit gestiegen und rückt nicht erst mit den Aufgaben im Zusammenhang mit der Unterbringung von Flüchtlingen stärker in den Focus.

Das Land hat jetzt reagiert und eine neue Richtlinie zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus vorgelegt. Ziel ist es, in den kommenden Jahren mindestens 2.000 Wohnungen für Menschen mit niedrigem Einkommen zu bauen. Um dies zu erreichen, werden die Mittel des Landeswohnungsbauvermögens von 40 auf 70 Millionen Euro jährlich erhöht. Zusätzliche Mittel erwartet das Land noch vom Bund. Der hatte im September angekündigt, den Ländern 500 Millionen Euro zur Verfügung zu stellen. Wie hoch davon der Anteil ist, den das Land Brandenburg erhält, ist noch nicht bekannt.

Mit der neuen Richtlinie soll der Fördersatz für den sozialen Wohnungsbau von 1.500 Euro pro Quadratmeter auf 1.800 Euro erhöht werden. Die Finanzierungsmodelle basieren sowohl auf Darlehen als auch auf einer Kopplung von Darlehen und Zuschüssen, insbesondere im berlinnahen Raum. Als angemessene Miethöhe bei den Bezugsberechtigten für diese Wohnungen wird in der Richtlinie im Übrigen für das Berliner Umland eine Höhe von 5,50 Euro pro Quadratmeter avisiert. Neu in der Richtlinie ist auch die Einführung einer zweiten Einkommensgrenze. Damit haben auch Mieterinnen und Mieter eine Möglichkeit, geförderten Wohnraum zu nutzen, wenn ihre Einkünfte die Einkommensgrenze für einen Wohnberechtigungsschein um bis zu 40 Prozent übersteigen. Laut Pressemitteilung des zuständigen Ministeriums lägen die Höchstmieten dann bei bis zu 7 Euro pro Quadratmeter im Berliner Umland und bis zu 6 Euro pro Quadratmeter im berlinfernen Raum.

Alles in allem also so etwas wie ein Neustart bei der Wohnungsbauförderung, der den realen Bedingungen auf dem Wohnungsmarkt Rechnung trägt. Natürlich ist freifinanzierter Wohnungsbau, insbesondere im Berliner Umland noch immer attraktiver – nicht nur für private Unternehmen, sondern auch für kommunale Wohnungsgesellschaften. Umso wichtiger wird es jetzt sein, die Gesellschaften, die in kommunaler Trägerschaft sind, stärker in die Verantwortung zu nehmen, um die jetzt vorhandenen Möglichkeiten für den sozialen Wohnungsbau zu nutzen. Hier sind die kommunalen Vertretungen gefordert, ihrer Verantwortung gerecht zu werden. In Bernau zum Beispiel ist ein für die Förderung nötiges Integrierte Stadtentwicklungskonzept bereits in Arbeit.

Im Übrigen können die kommunalen Gesellschaften mit dem Bau neuer Wohnungen auch de facto als Mietpreisbremse für den gesamten Wohnungsmarkt einer Kommune wirken.

In dieser Ausgabe:

Bis 2030
Zu einer Debatte über die weitere Entwicklung der Stadt in den nächsten 15 Jahren lud die Fraktion der Bernauer LINKEN.
Seite 2

Verwaltungsreform
Interesse daran haben wohl vor allem betroffene Mitarbeiter. Für die LINKE geht es darum, dass Bürgeranliegen schnell bearbeitet werden und es einen Finanzausgleich für die Kreise gibt.
Seite 3

LAGA-Gelände
In Eberswalde hat die Diskussion über die weitere Nutzung des ehemaligen LAGA-Geländes ab 2017 begonnen.
Seite 3

Hilfe für Kranke
Die Gewerkschaft ver.di sammelte 150.000 Unterschriften für mehr Personal in Kliniken. Wie verhält sich die LINKE dazu?
Seite 4

Vertrauen
Seit einem Jahr ist André Stahl (LINKE) Bürgermeister in Bernau. Das Stadtoberhaupt setzt Vertrauen in seine Mitarbeiter, die Bürger und damit in die Perspektive der Stadt. Ein Interview.
Seite 5

Gegen Goliath
Trotz gegenteiliger Erklärungen der USA ist die Blockade gegen Kuba noch nicht beendet. Aber die karibische Insel verändert sich. Eine Reportage.
Seite 6

Einwandern
Die Vermischung zwischen Asyl- und anderen Einwanderungsgründen schadet Deutschland. Die LINKE sucht nach Lösungen.
Seite 7

Der wirkliche Barbar

Von Sebastian Walter, Kreisvorsitzender der Barnimer LINKEN

Am zweiten November-Wochenende marschierten mehrere tausend AfD-Anhänger durch Berlin. Bei der Auftaktkundgebung droht Partei-Vize Gauland, die AfD werde angesichts der unkontrollierten Zuwanderung „kein freundliches Gesicht mehr

Kommentar

zeigen“. Er warnt vor einer Völkerwanderung nach Deutschland, die mit dem Untergang des Römischen Reiches vergleichbar sei, „als die Barbaren den Limes überrannten“.

Die Sprache sagt viel über das Denken aus, heißt es. Ja, es ist eine riesige Herausforderung vor der wir gesellschaftlich, politisch und sozial stehen. Ja, viele haben Befürchtungen, vielleicht auch Vorurteile oder zumindest ein ungutes Gefühl, ob wir es wirklich „schaffen“.

Dieses Land wird sich verändern und wir müssen dafür sorgen, dass es besser wird. Dass mehr Busse fahren, dass es mehr Ärztinnen und Ärzte gibt und mehr Lehrerinnen und Lehrer. Dann ist es gut für alle in dieser Gesellschaft und alle profitieren davon. Deutschland kann dadurch endlich sozialer, gerechter und solidarischer werden.

Aber wer die Schwachen gegen die Schwächsten in dieser Gesellschaft gegeneinander aufstachelt, der will keine Lösungen, sondern nur politisch davon profitieren. Gauland, der für Brandanschläge auf Flüchtlingsheime alle verantwortlich macht, nur nicht die Brandstifter selbst, der das Erschießen von Flüchtlingen an den Grenzen fordert – der ist der wirkliche Barbar. Er sorgt für mehr Gewalt, für mehr Hass. Deshalb dürfen wir nicht schweigen, nicht zu Hause bleiben – das gab es in der Deutschen Geschichte schon zu oft. Wir haben kein Problem mit Flüchtlingen, sondern mit den Gaulands und anderen Hetzern in diesem Land.

Besinnliches Gedenken: „Mit Tränen aber kann man keine Tränen stillen“

Mit Blumen und Kerzen wurde der Opfer der Pogrome am 9. November 1938 auf dem Bernauer Markt gedacht. Anschließend gab die Klezmer-Gruppe „manifest“, zu der der Bundestagsabgeordnete Harald Petzold (links), gehört, in der Galerie Bernau ein Konzert, das jüdische Weltsicht spiegelt: „Mit Tränen aber kann man keine Tränen stillen“. Foto: privat

Visionen für die nächsten 15 Jahre

LINKE Bernau: Wie soll sich die Stadt bis 2030 entwickeln?

Von Margot Ziemann

Nahezu 70 interessierte Teilnehmer konnte die Fraktionsvorsitzende der LINKEN, Dr. Dagmar Enkelmann, Mitte Oktober im „Treff 23“ begrüßen. Stadtentwicklungs- und Wohnbedarf, Aufgaben für Politik und Verwaltung, Schaffung bezahlbarer Wohnungen, die Infrastruktur – das waren Themen der konstruktiven, kritischen Debatte über die Zukunft Bernaus. Seit 1992 wurden in der Stadt 6.800 Wohnungen neu gebaut, 63 Prozent davon in Ein- und Zwei-Familienhäusern, referierte Dr. Hildegard Bossmann zu Beginn. Jetzt gäbe es jedoch verstärkte Nachfrage nach innerstädtischen, bezahlbaren Mietwohnungen für Familien, Ältere und Alleinstehende. Planungssicherheit werde gebraucht, bestätigte Antje Mittenzwei, Geschäftsführerin der kommunalen Wohnungsgesellschaft WOBAU. Der größte Vermieter der Stadt hat in den letzten drei Jahren 100 Wohnungen gebaut und will mit staatlicher Förderung für Sozialwohnungen bis 2019 nochmals 400 Mietwohnungen realisieren *(siehe Seite 1).* Die LINKEN wollen die Voraussetzungen schaffen, um alle Fördermöglichkeiten für sozialen Wohnungsbau in Anspruch zu nehmen. Das dafür notwendige Integrierte Stadtentwicklungskonzept ist bereits in Arbeit.

Bernau als starkes Mittelzentrum und attraktiven Standort auszubauen, so umriss Bürgermeister André Stahl (LINKE) seine Vorstellungen zur Stadtentwicklung, Gewerbeansiedlung, Verkehrs- und Sozialinfrastruktur. Eigenheimsiedlungen werden in den nächsten Jahren noch in Schönow, Börnicke, Rehberge und Bernau Süd entstehen. Doch „städtebaulich müssen wir die noch vorhandenen Wohnbauflächen künftig mit Geschoss- und Mietwohnungsbau besser auslasten“, ist sich Stahl sicher. Dafür seien die großen ehemaligen Militärflächen Schönfelder Weg und Schwanebecker Chaussee vorgesehen. Mit sozialer Infrastruktur wie Kindergärten und Schulen sei Bernau für die Zukunft gut aufgestellt. Die Verkehrsinfrastruktur innerhalb der Stadt stoße an ihre Grenzen. Deshalb soll die Ladestraße des ehemaligen Güterbahnhofes als Entlastung für die Anwohner von Bernau Süd, dem Nibelungenviertel und Börnicke ausgebaut werden. Es werde geprüft, ob der Stadtring durch eine Einbahnstraßenreglung mehr Verkehr aufnehmen könne.

Bauingenieur und Unternehmer Dr. Manfred Hübler will für die Stadt einen neuen Flächennutzungsplan. Er entwirft ein Modell, wonach die Stadt in konzentrischen Kreisen über das bisherige Stadtgebiet hinaus entwickelt werden könnte. Ansatzpunkt sei der hauptsächlich aus dem Süden kommende und nach Süden gehende Verkehr. Nach umfassender Analyse und Debatte mit den Bürgerinnen und Bürgern sollten Visionen formuliert und eine Umsetzungsstrategie erarbeitet werden.

Kontakte zur LINKEN im Barnim

Alle Sitzungen von Fraktionen und Vorständen der LINKEN im Barnim sind öffentlich. Gäste sind immer willkommen. In seltenen Fällen können sich aus aktuellem Anlass Termine verschieben. Sie können sich deshalb vorab telefonisch oder per E-Mail informieren:

Kreisvorstand: 18. November, Wandlitz, 14. Dezember Biesenthal, Gaststätte „Zur alten Eiche“
Kreistagsfraktion: Tel.: 03334-236986 E-mail: kreistagsfraktion@dielinke-barnim.de
23. November und 14. Dezember, jeweils 18 Uhr, Biesenthal, Gaststätte „Zur alten Eiche“
Nächster Kreistag: 2. Dezember, 17 Uhr, Paul-Wunderlich-Haus, Eberswalde

Wahlkreisbüro Margitta Mächtig: Tel.: 03334-385488, Fax: 03334-385489 im: Bürgerzentrum Eberswalde, Heegermühler Straße 15, 16225 Eberswalde, E-Mail: maechtig@dielinke-barnim.de

Wahlkreisbüro Ralf Christoffers: Tel.: 03338-7047455
Hussitenstraße 1, 16321 Bernau, E-Mail: christoffers@dielinke-barnim.de

Stadtfraktion Eberswalde: Tel.: 03334-236987, 23. und 30. November, 15. Dezember, 18 Uhr, Heegermühler Str. 15, Stadtverordnetenversammlung: 26. November, 18 Uhr, Paul-Wunderlich-Haus

Bürgerzentrum Bernau: Tel.: 03338-5881, Berliner Straße 17, 16321 Bernau, E-Mail: Info@dielinke-barnim.de,

Stadtfraktion Bernau: 24. November 18 Uhr, Fraktionsraum, 19. November 16 - 18 Uhr, Fraktionssprechstunde: Berliner Straße 17; www.linksfraktion-bernau.de
Stadtverordnetenversammlung: 26. November, 16 Uhr, Stadthalle Bernau,
E-Mail: fraktion-bernau@dielinke.barnim.de, Tel.: 03338-907252/Fax: 03338-907251

Gemeindefraktion Panketal: 9. Dezember, 19 Uhr, Rathaussaal, Schönower Straße 105, Sitzung der Gemeindevertretung: 23. November und 21. Dezember, 19 Uhr, Rathaussaal

Bürgerbüro Wandlitz: Tel.: 033397-64515; E-Mail: wandlitz@dielinke-barnim.de

Gemeindefraktion Ahrensfelde: 17. Dezember, 18 Uhr, Gemeindezentrum Ahrensfelde, Seniorenbegegnungsstätte, Sitzung der Gemeindevertretung: 21. Dezember, 19 Uhr, Rathaus

Regionalgruppe Cuba sí: E-Mail: bernau@cuba-si.org **[,solid]:** E-Mail: solid-barnim@web.de
Basisgruppe Schorfheide: jeden 1. Donnerst./Monat, 19 Uhr, Seniorentreff Finowfurt, Alte Mühle 5a
Basisgruppe Werneuchen: 4. Dezember, 19 Uhr, Weihnachtsfeier, Festscheune am Bahnhof

Impressum

Herausgeber: Virtuelle AG Offene Worte der LINKEN Barnim & Kreistagsfraktion der LINKEN

Kontakt: DIE LINKE Barnim, Heegermühler Straße 15, 16225 Eberswalde, Tel.: 03334-22026, Fax: 03334-385489
E-Mail: offeneworte@dielinke-barnim.de, **download:** www.dielinke-barnim.de,

virtuelle Redaktion: Petra Bochow, Berit Christoffers, Lutz Kupitz, Margitta Mächtig, Wolfgang Sachse, André Stahl (ViSdP), Sebastian Walter, Margot Ziemann, Christel Zillmann
Auflage: 17.000

nächster Redaktionsschluss: 30. November 2015,

nächster Erscheinungstermin: 16. Dezember 2015

Veröffentlichte Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. OW entscheidet über die Veröffentlichung eingereichter Zuschriften und kann diese Sinn wahrend kürzen.

OW-Spendenkonto: DIE LINKE Barnim, Konto: 31 200 514 29, bei: Sparkasse Barnim; BLZ: 170 520 00;
oder: DIE LINKE Barnim, IBAN: DE33 1705 2000 3120 0514 29, BIC: WELADED1GZE; Verwendungszweck: Spende OW.
Alle Spenden werden nur für Druckkosten verwendet; Spendenquittung zu Beginn des nächsten Jahres

Wen interessiert die Verwaltungsstrukturreform?

Bürger-Anliegen schnell bearbeiten/LINKE: finanzieller Ausgleich

Von Lutz Kupitz, Vorsitzender der Kreistagsfraktion der LINKEN

Am 12. Oktober standen der Brandenburger Innenminister, Karl-Heinz Schröter, Daniela Trochowski, Staatssekretärin im Finanzministerium und der Barnimer Landrat Bodo Ihrke auf einer Podiumsdiskussion in Eberswalde Rede und Antwort zur geplanten Verwaltungsstrukturreform. Bemerkenswert war, dass offensichtlich unter den Teilnehmern neben einigen Abgeordneten und Kommunalpolitikern überwiegend Mitarbeiter von Verwaltungen und aus Landesbehörden anwesend waren. Das lässt vermuten, dass die geplante Reform momentan vor allem von denen diskutiert wird, die die Veränderungen unmittelbar betreffen würden – Verwaltungen. Das wiederum ist nicht überraschend, geht es doch auch laut Minister Schröter vor allem darum, dass die Verwaltungen die künftigen Aufgaben effektiv und bürgernah auch angesichts der demografischen Veränderungen organisieren können.

Bodo Ihrke erläuterte, dass der Barnim – gemessen an den im Leitbild genannten Kennzahlen (Einwohnergrößen, Perspektiven der Einwohnerzahlen, Fläche, Finanzkraft) – bereits jetzt diesen Angaben entspricht und deshalb eigentlich keine Fusion mit anderen Landkreisen vornehmen müsste. Er machte aber auch deutlich, dass diese Reform natürlich nicht nur aus Sicht eines Landkreises zu bewerten ist, sondern eine Gesamtbetrachtung des Landes nötig ist. Da werde die unterschiedliche Entwicklung von Landkreisen deutlich. Hier sei solidarisches Handeln nötig und deshalb werde sich der Barnim einer möglichen Fusion mit anderen Landkreisen nicht verschließen. Eine Position, die auch die LINKEN im Kreis teilen können.

In der sachlichen Diskussion wurde deutlich, dass es auf dem Weg zu einer solchen Reform eine Reihe von Fragen zu klären gibt. Dazu gehört ein Finanzausgleich bei möglichen Fusionen, die Übertragung von Aufgaben vom Land auf die Kreise, Städte und Gemeinden und die Teilentschuldung von Kreisen. Angesprochen wurde auch, welche neuen Anforderungen es an Kommunalpolitiker in Folge von Kreisfusionen gibt: Da ging es nicht nur um längere Wege, sondern auch um die Möglichkeit, Verwaltungsentscheidungen nicht nur zur Kenntnis zu nehmen, sondern aktiv vorzubereiten.

Die Regionalkonferenzen der Landesregierung sind abgeschlossen und die dort gewonnenen Erkenntnisse sollen jetzt in die weitere Erarbeitung des Leitbildes für das Land einfließen. Die LINKE in Brandenburg hat auf ihrem Landesparteitag am 7. November ihre Positionen dargelegt: Teilentschuldung von Gemeinden, Städten und Landkreisen, Übernahme von Fusionsfolgekosten durch das Land, für die Stärkung der dann nicht mehr kreisfreien Städte in ihrer Funktion als Oberzentren, eine Neujustierung des kommunalen Finanzausgleiches, Stärkung der kommunalen Mandatsträger. Neben dem prinzipiellen Bekenntnis zu einer Reform will die LINKE vor allem die Fragen der Einwohnerobergrenzen nochmals auf die Tagesordnung setzen. Nachzulesen ist der Parteitagsbeschluss unter **www.dielinke-barnim.de.**

Im Übrigen gab es einen Diskussionsbeitrag auf der Regionalkonferenz, der die Diskussionen meiner Ansicht nach auf den Punkt gebracht hat: Ein Teilnehmer formulierte sinngemäß: Den Bürgern ist es möglicherweise egal, wo Landräte und Kreisverwaltungen ihren Sitz haben – wichtig für sie ist, dass ihre Anliegen zügig und über örtliche Außenstellen geklärt werden.

Nutzung des Familiengartens

Eberswalde: Was wird aus dem ehemaligen LAGA-Gelände ab 2017?

Von Hans-Jürgen Müller, sachkundiger Einwohner

Was soll aus dem Familiengarten in Eberswalde nach 2017 werden? Es war die Bereitschaft unter anderem der Stadtfraktion der LINKEN den geordneten Weiterbetrieb des ehemaligen LAGA-Geländes mit Haushaltsmitteln zu unterstützen. DIE LINKE wollte im Haushalt sogar mehr Geld bereitstellen, als die Verwaltung für den Erhalt vorgesehen hatte. Schon in Vorbereitung der Gartenschau war es wichtig, geschichtsträchtige Gebäude zu erhalten. Hier sind unter anderem das Blechenhaus und die Nagelfabrik zu nennen. Gleichzeitig stand immer die Frage im Raum: Was wird aus dem Familiengarten nach 2017? Die Stadt hat aus Fördermittelgründen eine Bindefrist bis zum 31. Dezember 2017. Jetzt wollen Stadtverordnete eine Arbeitsgruppe zum Zustand und der Zukunft des Familiengartens ins Leben rufen. Soll es das Ziel sein, diesen „abzuwickeln“? Zum Glück nicht. Es wird jedoch von einem defizitärem Zustand gesprochen. Viel Geld fließt immer wieder aus Haushaltsmitteln in den Verein Mühle e.V., in Sportvereine wie FV Preußen. Und dies obwohl die Vereine nicht für die Bevölkerungsmehrheit und Gäste stehen. Von auswärtigen Gästen, die den Familiengarten immer wieder besuchen, will ich hier nicht reden. Die Inthronisierung der Arbeitsgemeinschaft hält die LINKE in der von der CDU-Fraktion geforderten Weise für falsch. Es ist Aufgabe der Stadtverwaltung den Stadtverordneten dazu Vorschläge zu unterbreiten. Eine Vermengung zwischen Verwaltung und politischem Gremium halten wir für nicht zielführend. Eine Arbeitsgruppe zu diesem Thema gibt es in der Stadtverwaltung schon. Im Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt wurde am 6. Oktober sehr engagiert dazu diskutiert. Es kamen

Wie kann das Areal weiter sinnvoll genutzt werden? Foto: pb

Fragen auf wie: Wie weiter mit dem Familiengarten? Ist eine Verkleinerung der Fläche möglich? Können dort Wohnbauprojekte starten? Was wird aus der Bühne? Zu einer Wohnbebauung müsste jedoch die Bauleitplanung geändert werden. Gut fand ich die Idee, einen Workshop dazu zu organisieren. Das hat in der Vergangenheit Anklang gefunden. Viele Ideen für Projekte entstanden auf diese Art und Weise – auch wenn sie nicht alle umgesetzt werden konnten. Gar nicht auszudenken was passiert, wenn der Familiengarten einmal ohne Zaun sein sollte. Er könnte zur Abfall und-Mülldeponie am Finowkanal werden und das wollen wir als LINKE nicht.

Seite 3

Sprechstunde in Bernau

OW-Beitrag/maz

Die traditionelle Sprechstunde „unterm Weihnachtsbaum“ der Bernauer Stadtfraktion der LINKEN findet am **17. Dezember** von 16 bis 18 Uhr mit der Fraktionsvorsitzenden Dr. Dagmar Enkelmann auf dem Markt, statt.

Preisskat in Eberswalde

Von Günter Klaue

Die Senioren-Arbeitsgemeinschaft der LINKEN lädt an jedem letzten Mittwoch des Monats zu einem öffentlichen Preisskat ab 14 Uhr in die „Alte Brauerei“ in Eberswalde ein. Der Einsatz beträgt 8 Euro; gespielt wird nach Seeger-System.

Anmeldung bitte über G. Klaue: 03335-325378 oder E. Brunk 03334-24818 bis zum Vortag. Der nächste Termin: **25. November.**

Stammtisch Panketal

OW-Beitrag/cz

Zu ihrem monatlichen Stammtisch lädt die Panketaler LINKE am **25. November** um 19 Uhr, in „Leo`s Restauration“ in der Schönower Straße 59 in Zepernick ein. In ungezwungener Atmosphäre werden Gedanken und Meinungen zu aktuellen politischen Themen ausgetauscht. Interessierte sind herzlich eingeladen.

Europa kontrovers

OW-Beitrag/pm

Das überparteiliche Bürgerforum „Europa kontrovers“ lädt am **27. November** von 18 bis 20 Uhr in die Aula der Hochschule für Nachhaltige Entwicklung Eberswalde (HNE), Schicklerstraße 5, zu einer Podiumsdiskussion mit den Europaabgeordneten Dr. Christian Ehler (CDU/EVP), Susanne Melior, MdEP (SPD/S&D) und Helmut Scholz, (DIE LINKE/GUE/NGL) ein; Moderation: Prof. Dr. Jürgen Peters, HNE. Es wird darüber debattiert, dass viele EU-Entscheidungen, Einfluss auf kommunale Belange, kommunale Daseinsvorsorge, Infrastruktur, öffentliche Aufträge sowie die Gewährung von Beihilfen haben.

Neues aus dem EU-Parlament

OW-Beitrag

Die Bernauer LINKE lädt **am 10. Dezember um 19 Uhr,** zu einer Diskussionsveranstaltung mit Fabio de Masi zu „Lux Leak und TTIP“ in den Bernauer Treff 23, Breitscheidstraße 43a, ein. Fabio de Masi ist seit 2014 Europaabgeordneter und vertritt die LINKE/GUE/NGL.

Kreistagsfraktion und Vorstand

OW-Beitrag/bc

Zu einer gemeinsamen Beratung treffen sich traditionsgemäß Kreisvorstand und Kreistagsfraktion der LINKEN im Dezember, dieses Jahr voraussichtlich am **14. Dezember** in der Gaststätte „Alte Eiche“ in Biesenthal statt (Änderungen bitte erfragen).

Ländlicher Raum

OW-Beitrag/bc

Die Barnimer Landtagsabgeordnete Margitta Mächtig (LINKE) ist für ihre Fraktion Mitglied der Enquete-Kommission des Landtages „Zukunft der ländlichen Regionen vor dem Hintergrund des demografischen Wandels“, die sich im September konstituierte. Die Kommission soll ein Konzept für eine wirkungsvolle Daseinsvorsorge sowie eine nachhaltige und zukunftsorientierte Entwicklung der ländlichen Regionen in Brandenburg erarbeiten. „Interessiert bin ich sehr an Hinweisen und Meinungen, Überlegungen und Vorschlägen“ kommentierte Mächtig. Diese können auch per E-Mail geschickt werden an: maechtig@dielinke-barnim.de.

Freihandel und der Kreistag

OW-Beitrag/lk

Die Diskussionen zum Freihandelsabkommen TTIP haben auch den Barnimer Kreistag erreicht. „Keinerlei Einschränkungen und Verletzungen des Prinzips der kommunalen Selbstverwaltung, der politischen Gestaltungsmöglichkeit von Städten und Gemeinden des Kreises“, fordert die LINKE in ihrem Antrag an den Kreistag am 2. Dezember.

Hilfe für Kranke

Gewerkschaft ver.di sammelte über 150.000 Unterschriften für mehr Klinik-Personal/LINKE: Bedarfsgerechte Krankenhausversorgung nötig

Von Jessica Klaws

In der Krankenhauspflege ist der Notstand ausgebrochen. Denn die Krankenhäuser werden seit ca. 20 Jahren von der Bundespolitik einem ungeheuren wirtschaftlichen Druck ausgesetzt. Daher hatte die Gewerkschaft ver.di am 21. August eine Petition zur „Einführung eines Gesetzes zur Personalbemessung in Krankenhäusern“ ins Leben gerufen und sammelte dafür 151.000 Unterschriften. Sie forderte die Bundesregierung auf, ein Gesetz zur Personalbemessung im Krankenhaus zu verabschieden. Dieses soll bundesweit eine ausreichende personelle Besetzung in den Krankenhäusern sicherstellen.

Laut aktuellen Studien sollen derzeit 162.000 Stellen unbesetzt sein, davon fehlen allein in der Pflege 70.000. Die dadurch eingetretene Unterbesetzung führt nicht nur zu unzumutbaren Verhältnissen für die Beschäftigten sondern auch zu tödlichen Folgen für die Patienten.

Kathrin Vogler, Bundestagsbgeordnete der LINKEN, sagte dazu in ihrer Rede im Bundestag am 16. Oktober: „Die Krankenhausreformen der letzten 20 Jahre der verschiedenen Bundesregierungen haben vielerorts eine Situation geschaffen, die man wirklich nur noch als katastrophal beschreiben kann: marode Häuser, überarbeitetes Pflegepersonal, Pflege im Sekundentakt.“ Vor allem im Nachtdienst macht sich der Personalnotstand bemerkbar. Auf über der Hälfte der Stationen arbeitet nachts gerade mal eine Pflegekraft. Sogar Operationen müssen immer wieder verschoben oder abgesagt werden, weil es an Personal fehlt. Selbst die Auszubildenden sind davon betroffen. Rund ein Drittel erhält keine Betreuung durch eine Praxisanleiterin oder einen Praxisanleiter.

Dazu sagt ver.di in einem Bericht: „Jede/r dritte Patient/in wird Opfer von Komplikationen oder muss krank wieder nach Hause gehen. Der Personalmangel kann sogar lebensgefährlich sein: Eine britische Studie belegt, dass das Risiko, in einem Krankenhaus zu sterben, bei einer schlechteren personellen Betreuung um 26 Prozent erhöht ist. Nicht nur die Patient/innen, auch das Personal leidet unter den Zuständen: Die starke körperliche und emotionale Belastung führt zu Burn-Out und anderen Erkrankungen. Krankenhäuser werden kaputt gespart – und wir alle zahlen dafür mit unserer Gesundheit. Das Gesetz der Ökonomie wird über das Gebot der Menschlichkeit gestellt.“

Das Hauptproblem liegt neben der Unterfinanzierung und der zunehmenden Privatisierung der Kliniken vor allem beim derzeitgen Fallpauschalensystem. Die Kosten werden zu Lasten des Pflegepersonals gesenkt und die Krankenhäuser bemühen sich mehr um lukrative als um medizinisch notwendige Eingriffe. Denn für sie zählen meist nur die Leistungserbringung, Preise und Erlöse. Für die Patienten bedeutet dies in der Regel eine frühere Entlassung und Wiedereinweisung („Drehtüreffekt“). Dabei sollte der Zweck eines Krankenhauses die Versorgung der Bevölkerung mit notwendigen stationären Leistungen sein und nicht die Gewinnmaximierung. Leider stehen diesem Zweck die derzeitige Orientierung am Markt und der Wettbewerb entgegen.

Figuren auf dem Dach der GLG in Eberswalde.

In der GLG, dem Gesundheitsunternehmen der Landkreise Barnim, Uckermark und der Stadt Eberswalde, sind alle zur Verfügung stehenden Stellen für das Pflege- und Ärztepersonal besetzt. „Aber“, so macht die Kreistagsabgeordnete und Aufsichtsratsmitglied Margitta Mächtig (LINKE) deutlich, „es ist eben die Finanzierung von mehr Stellen, insbesondere in der Pflege, nötig.“ Foto: pb

Die Große Koalition hat dazu einen Krankenhausstrukturgesetzentwurf entwickelt. Das darin enthaltene Pflegestellenförderprogramm reicht jedoch nicht aus, um eine sichere Patientinnen- und Patientenversorgung zu gewährleisen. Dennoch wollen die CDU-/SPD-Regierung und die Grünen nicht von den Fallpauschalen abweichen. Durch diesen Gesetzentwurf würden gerade mal 6.000 neue Stellen geschaffen werden und diese auch erst in einigen Jahren. Daher setzen sich ver.di und DIE LINKE für eine angemessen finanzierte und bedarfsgerechte Krankenhausversorgung ein.

Wenn die Miete gestiegen ist

Kosten der Unterkunft für Empfänger von Sozialleistungen anpassen

Von Lutz Kupitz, Vorsitzender der Kreistagsfraktion der LINKEN

Die Kosten der Unterkunft (KdU) für diejenigen, die Leistungen nach dem SGB II oder XII bekommen, werden durch die Kreistagsfraktion der LINKEN auf der nächsten Sitzung des Kreistages am 2. Dezember thematisieren. Landrat Bodo Ihrke wurde Anfang November in einem Schreiben aufgefordert, zur nächsten Kreistagssitzung einen Vorschlag zur kurzfristigen Anpassung der KdU vorzulegen. Die Mietpreisentwicklung, insbesondere im berlinnahen Raum, hat dazu geführt, dass eine zunehmende Anzahl von Sozialleistungsempfängern nur noch anteilig die KdU als Leistung erhalten und die darüber hinaus gehende Miete vom Regelsatz bezahlen müssen. Wer dagegen Widerspruch einlegt und klagt, erhält oft Recht.

Im Landkreis Barnim ist seit 2010 eine Richtlinie in Kraft, nach der die Höhe der Miete festgelegt ist, die maximal bezahlt wird. Die bisherigen Obergrenzen sind aus Sicht der LINKEN anzupassen *(siehe OW Oktober)*.

Tatsächlich ist es so, dass sich der Wohnungsmarkt regional sehr unterschiedlich entwickelt. Da aber die derzeit auftretenden Probleme auch zeitnah geklärt werden müssen, schlägt DIE LINKE folgende Lösungen vor:

- Bei der Bewilligung der KdU soll es einen Ermessenspielraum der Behörde geben, wonach zusätzlich 10 Prozent auf die gegenwärtig festgelegten Sätze aufgeschlagen werden können.
- Im Verlaufe des Jahres 2016 erfolgt eine generelle Überprüfung der maximal erstattungsfähigen Quadratmeterpreise für Wohnraum.
- Bei strittigen Fragen sollte ein Ombudsmann zur Verfügung stehen, der eine Einigung vor möglichen gerichtlichen Auseinandersetzungen herbeiführt.

Mit diesen drei Maßnahmen könnten schnell aktuelle Probleme geklärt und gleichzeitig Vorbereitungen für weitere notwendige Anpassungen geschaffen werden.

»Vertrauen bringt das Beste im Menschen ans Licht«

Interview mit André Stahl (LINKE), seit einem Jahr Bürgermeister in Bernau

Ende September 2014 wählten die Bernauerinnen und Bernauer ein neues Stadtoberhaupt. In der Stichwahl setzte sich André Stahl (LINKE) durch. Der Rechtsanwalt war zuvor 7 Jahre lang ehrenamtlicher Bürgermeister in Biesenthal. Die Neuwahl war nach einer Abwahl des vorhergehenden Bernauer Bürgermeisters im März 2015 notwendig geworden. André Stahl stellte sich den Fragen der Offene-Worte-Redaktion.

Der 44-jährige Rechtsanwalt André Stahl ist seit einem Jahr Bürgermeister in Bernau.

Foto: bc

Herr Stahl, Sie sind Mitte Oktober durch Schmierereien massiv bedroht worden. Wie gehen Sie damit um?

Ich sehe da nur eine Möglichkeit: Ignorieren und das tun, wofür ich gewählt wurde: Weiterarbeiten.

Ist Bürgermeister von Bernau zu sein eigentlich das gleiche, wie der Bürgermeister von Biesenthal zu sein, nur ein bisschen größer?

Ja und nein. Ja, weil die Anliegen der Menschen in Bernau und Biesenthal sich doch sehr ähneln und auch in beiden Städten die Ortsteile ein reges Eigenleben besitzen. So etwas kannte ich also schon. Nein, weil die angespannte Stimmung in Bernau zu Beginn meiner Amtszeit hohe Erwartungen an „den Neuen“ weckte, denen ich mich stellen musste, weil eine größere Stadt natürlich auch mehr thematische Baustellen aufweist und weil ich mich in meiner Arbeit auf einen viel größeren Verwaltungsapparat stützen kann.

Was hat Sie am neuen Amt am meisten überrascht?

Am meisten überrascht hat mich, wie viele Bürgerinnen und Bürger, Vertreter von Vereinen, Interessengruppen und Ortsteilen gleich zu Beginn der Amtszeit einen guten Draht zu mir herstellen wollten und die Terminkaskade gleich zu Beginn losging und einfach nicht abebbte. Da hatte sich offensichtlich einiges an Themen aufgestaut, die gleich angegangen werden mussten.

Wie läuft die Zusammenarbeit mit der Verwaltung?

Mit der Verwaltung läuft die Zusammenarbeit gut. Von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wurde ich überwiegend positiv empfangen. Zunächst musste ich mich erst daran gewöhnen, dass ich nicht mehr alles selbst erledigen muss und mir auch zuarbeiten lassen kann. Doch ich habe von Anfang an ganz auf die Fähigkeiten und die Erfahrung der Mitarbeiter vertraut, ganz nach dem Motto: „Vertrauen in einen Menschen bringt das Beste in ihm ans Licht.“ Für manche war dieses Vertrauen fast ungewohnt. In den ersten Monaten mussten ein paar Umbaumaßnahmen gemacht werden, etwa die Dezernate entflechten und thematisch sinnvoll zusammenfügen. Nun haben wir zum Beispiel wieder ein Baureferat – angesichts des derzeitigen Bevölkerungszuwachses ein absolutes Muss!

Und wie klappt die Zusammenarbeit mit den Stadtverordneten?

Auch die Zusammenarbeit mit den Stadtverordneten ist im Großen und Ganzen recht ordentlich. Die LINKE ist immer noch die größte Fraktion, das macht manches leichter. Zwar ist die Stadtverordnetenversammlung seit 2014 fraktionierter und polarisierter als die zuvor, doch insgesamt ist die Stimmung friedlicher als in der Endphase der letzten Wahlperiode. Ich wünsche mir keine Friedhofsruhe in Bernau – man kann seinen Unmut ruhig mal äußern! Aber ein Mindestmaß an gegenseitigem Respekt und ein Interesse an echten, gesichtswahrenden Lösungen für Alle muss einfach da sein. Eben dies, der Umgang miteinander, hat sich zum Glück wieder gebessert im letzten Jahr. Meist ist ein konstruktives Zusammenarbeiten möglich und das ist angesichts der kommenden Aufgaben auch wirklich wichtig.

»Meine Ziele sind: 2.500 neue Wohnungen bis 2020, Verbesserungen im innerstädtischen und öffentlichen Nahverkehr sowie für den Gesundheitsstandort Bernau.«

Im Wahlkampf haben Sie versprochen, dass Sie „gestalten, nicht nur verwalten“ wollen. Wo haben Sie Bernau im ersten Jahr gestaltet?

Zunächst braucht man die Werkzeuge, um wirklich gestalten zu können. Der schon erwähnte Umbau der Verwaltung sorgt dafür, dass man brauchbare Werkzeuge zur Hand hat. Das sind zwar „nur“ Vorarbeiten und Verwaltungsinterna ist nicht das interessanteste Thema für Bürgerinnen und Bürger, aber tatsächlich ist das wichtig. Vieles spielte sich auch nicht öffentlich wahrnehmbar ab, aber es gab hier schon viel zu tun. Nun haben wir vier Dezernate, deren Ämter sachlogisch zusammenpassen. Das reduziert Abstimmungsverluste zwischen den Ämtern erheblich. Wir haben seit ein paar Monaten eine neue, sehr kompetente Finanzdezernentin. Das schon erwähnte Baudezernat ist neu. Nun können wir schneller auf den Besiedlungsdruck reagieren und Wohnungen bauen. 2.500 neue Wohnungen bis 2020 sind mein Ziel – bislang sind wir schon gut dabei! Andere Themen sind derzeit „in der Mache“ und werden erst in ein paar Monaten Früchte tragen, zum Beispiel der innerstädtische Verkehr, der öffentliche Nahverkehr und der Gesundheitsstandort Bernau.

Was sind die Themen, die in Ihrem zweiten Amtsjahr am wichtigsten sein werden?

Ganz klar die Frage nach der Unterbringung der Flüchtlinge. Man darf die Fragen der Bürgerinnen und Bürger, insbesondere der Anwohner, nicht beiseite wischen, aber man muss auch ein ganz feines Gespür besitzen, wo die Grenze zwischen echter Sorge und geschickt verpacktem Vorurteil verläuft. Man braucht beides: echtes Verständnis aber auch Mut. Doch ich bin nicht gerade ängstlich und das darf man bei Aufregerthemen auch nicht sein. Ich habe dieses Amt angestrebt, bin gewählt worden und nun mache ich meinen Job eben bestmöglich mit Einsatz und Leidenschaft. Auch das Thema Haushalt wird uns beschäftigen, ebenso die Dauerbrenner Verkehr und Bauen sowie die Stärkung des Gesundheitsstandorts Bernau. Es gibt viel zu tun!

Seite 5

Fahrrad-Spenden gesucht

OW-Beitrag/maz

Bereits zum dritten Mal trafen sich am 28. Oktober auf Initiative des Netzwerks für Weltoffenheit Bürgerinnen und Bürger in Bernau, die bei der Betreuung von Asylbewerbern helfen wollen. Inzwischen ist die Liste derer, die bei der Initiative mitmachen wollen auf 77 Vertreterinnen und Vertreter aller Generationen gewachsen. Die Anwesenden gaben ihrer Initiative einen Namen. Sie wird ab sofort als „Willkommen in Bernau – Initiative zur Entwicklung der Willkommenskultur“ tätig sein.

Diesmal ging es um die konkrete Vorbereitung der Begrüßung der ersten Asylbewerber, die voraussichtlich Mitte November in Bernau-Waldfrieden ihre Unterkunft beziehen werden. Man war sich einig, dass den Neubürgern Bernaus ein herzliches Willkommen bereitet werden soll, wozu auch ein kleines Willkommenspräsent und die Überreichung von Brot und Salz als symbolischer Gruß gehören werden.

Begrüßt wurde, dass die Stadt Bernau auf Antrag des AWO-Kreisverbandes einen Zuschuss für die stundenweise Koordinierung der Initiative bewilligt hat. Diese Tätigkeit wird Frau Eva Maria Rebs, Leiterin des AWO-Treffs in Bernau übernehmen.

Wer mithelfen will, den Flüchtlingen in Bernau beim Start in ein neues Leben zu helfen, ist jederzeit willkommen und **kann sich melden unter:**

willkommensinitiative@awo-kv-bernau.de oder telefonisch unter: 03338-7066597.

Über Spenden von Fahrrädern und Fahrrad-Ersatzteilen für diesen Zweck freut sich die ehrenamtliche Fahrradwerkstatt. Dort werden auch ehrenamtliche Fahrradschrauber gern gesehen.

Wer mitwirken will, meldet sich bei der:

Agentur Ehrenamt, Brauerstr. 9, 16321 Bernau,
Tel. 36 03 137;
Sprechzeiten:
dienstags: 9 bis 12 Uhr
donnerstags: 9 bis 15 Uhr

Kuba: Zahlen, Fakten

OW-Zusammenstellung

Amtliche Bezeichnung: Republik Kuba, karibischer Inselstaat, Hauptstadt: Havanna.

Geografische Lage: gehört zu den Großen Antillen, die Hauptinsel Kuba ist die größte der Karibik (maximale West-Ost-Ausdehnung: 1.250 Kilometer), weitere knapp 4.200 Inseln gehörten zum Staat, Gesamtfläche: 110.860 Quadratkilometer.

Klima: tropisch, Trocken- und Regenzeit; Gebiet tropischer Wirbelstürme; 2008 verursachten drei schwere Hurrikane eine der schlimmsten Naturkatastrophen in den letzten fünfzig Jahren, Schäden: etwa zehn Milliarden US-Dollar (rund 20 Prozent des kubanischen Bruttoinlandsproduktes).

Bevölkerung: Rund elf Millionen, davon leben über 2 Millionen in Havanna; Anteil: 64,1 Prozent Weiße, 9,3 Prozent Schwarze, 26,6 Prozent Mulatten und Mestizen.

Religion: Katholizismus (mindestens 35 Prozent) und Santería (animistische Religion mit christlichen Elementen), wenige Juden und kubanische Protestanten; durch Verfassungsänderung 1992 wurde Kuba von einem atheistischen zu einem säkularen Staat (Gläubige können dadurch Mitglied der Kommunistischen Partei werden).

Blockade/Embargo: Bis 1898 war Kuba spanische Kolonie, wurde durch Hilfe der USA im Spanisch-Amerikanischen Krieg 1902 formal unabhängig, die USA erhielten jedoch ein ständiges Interventionsrecht – ein Großteil des Bodens gehörte US-Firmen und US-Bürgern. Mit der Revolution von 1959 wurden Großgrundbesitzer enteignet, darauf erklärte die USA ein Handels-, Wirtschafts- und Finanzembargo. Kuba suchte und fand Hilfe bei den sozialistischen Staaten Osteuropas. Das Embargo lockerten und verschärften die USA mehrfach, zuletzt 1996: Seitdem werden ausländische Unternehmen bestraft, die Geschäfte mit Kuba machen, indem ihnen verboten wird, in den USA zu handeln.

Letzte Runde im Kampf David gegen Goliath

Trotz gegenteiliger Erklärungen der USA ist die Blockade gegen Kuba noch nicht beendet. Aber die karibische Insel verändert sich. Eine Reportage.

Von Margit Streblow

Just am 17. Dezember 2014 weilte ich in Havanna auf einem Kongress von Musikwissenschaftlern, als während der Mittagspause ein Raunen durch die Räume ging: „Wir haben wieder diplomatische Beziehungen zur den USA.“ Wie bitte? Was hatte ich da gerade gehört?

Der 17. Dezember ist der Tag des Schutzheiligen von Kuba, San Lazarus. Was hatte er in diesem Jahr mitgebracht? Viele Kubaner glauben nicht an Zufälligkeiten an diesem Tag. Gegen 12 Uhr sollte es eine Presseerklärung im kubanischen Fernsehen geben. Und wirklich: Das kubanische Staatsoberhaupt Raúl Castro erklärt den Willen seines Landes die Beziehungen zu den USA zu normalisieren. Gefangene werden ausgetauscht.

Nach langen Jahren ungerechter Haft in den USA kommen die letzten drei der „Cuban Five“ endlich frei. Die kubanische Seite übergibt 53 Gefangene an die USA, darunter auch Alan Gross, der wegen der illegalen Verteilung von Satellitentelefonen in Kuba dort inhaftiert war.

Die Insel ist im Freudentaumel. Im Fernsehen werden immer wieder die Bilder übertragen, die zeigen, wie die drei jahrelang inhaftierten Kubaner ihre Ehefrauen, ihre Mütter, ihre Familienangehören und Freunde erstmals wieder umarmen können.

Am Wochenende danach gehe ich zu einem Konzert mit Silvio Rodriguez, einem der berühmtesten Liedermacher der Nova Trova aus den 1980-er Jahren. Erst tourte er einige Zeit durch Kuba, jetzt tritt er in jenen Stadtvierteln der kubanischen Hauptstadt auf, wo die Menschen nicht so viel Zugang zur Kultur haben. Der Berg geht zum Propheten. Ich entscheide mich kurzfristig, diese Gelegenheit wahrzunehmen und ihn live zu erleben. Es gibt keine Einlasskontrollen. Der Eintritt ist frei. In Deutschland hätte ich Wochen vorher 80 Euro hinblättern müssen. Ich erlebe ein mehrstündiges Konzert ohne größere Pausen, jedoch mit einer großen Überraschung: die Cuban Five stehen auf der Bühne und singen gemeinsam mit Silvio Rodríguez, wenige Meter vor mir. Die Stimmung ist unbeschreiblich.

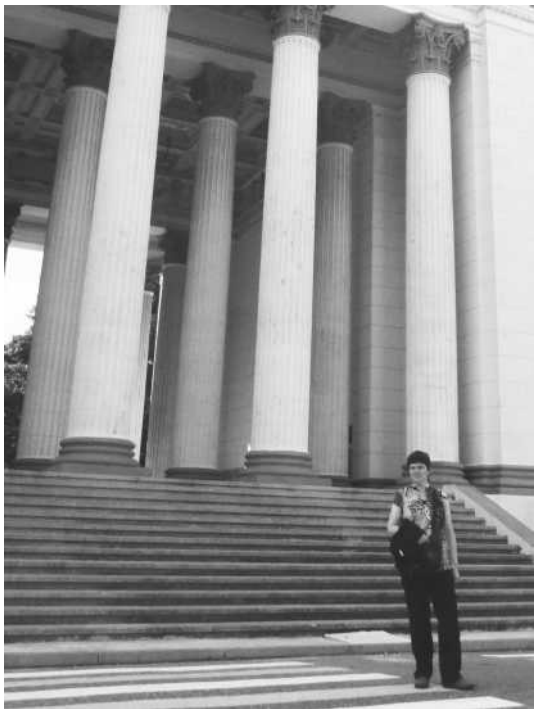
Inzwischen sind in beiden Ländern die Botschaften wiedereröffnet worden. Zuerst die kubanische Botschaft am 20. Juli 2015 in Washington, bei der auch Silvio Rodríguez zugegen war, dann die US-Botschaft in Havanna am 14. August 2015.

Von einer Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden Ländern kann aber noch nicht gesprochen werden. Zu tief sind die Gräben. Zu groß die Wunden, vor allem auf der kubanischen Seite.

Kuba hat zwar erreicht, dass es im Mai 2015 von der Liste der Staaten, die nach Meinung der USA den internationalen Terrorismus fördern, gestrichen wurde, aber bei der Abstimmung über die Aufhebung der von den USA gegen Kuba verhängten Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade in der UNO Ende Oktober 2015 stimmten die USA und Israel erneut für die Blockade. Alle anderen Länder – insgesamt 191 und erstmals ohne Stimmenthaltung – hoben die Hand für die Beendigung der Blockade gegen Kuba.

Am 11. September 2015 fand das erste Treffen der Bilateralen Kommission Kuba – USA in Havanna statt. Am 10. November 2015 gibt es das zweite Treffen in Washington. Diese Kommission soll neue Schritte beider Länder für die nächsten Monate festgelegen. Dabei geht es um mögliche Verträge zum gegenseitigen Nutzen, aber auch um die Aufhebung der Blockade. Bleibt zu hoffen, dass zum Zeitpunkt des Erscheinens dieser Ausgabe der „Offenen Worte“ das von den USA eigenmächtig gegen Kuba verhängte Embargo endlich Geschichte ist.

Einfahrt in die Bucht von Havanna: Noch immer sind über 50 Jahre alte Autos ein Wahrzeichen Kubas. Fotos: Streblow



Die Autorin, Margit Streblow, vor der Universität von Havanna. Sie besucht Kuba regelmäßig, zuletzt bis Mitte Oktober 2015. Sie ist Mitglied der Regionalgruppe Cuba sí Bernau.

Die Kubaner werden vor dem Fernseher sitzen und gespannt auf die Pressekonferenz nach dem Abschluss des Treffens warten. Was wird sie diesmal bringen? Im Oktober wurde schon mal unter vorgehaltener Hand von der Aufhebung der Blockade gesprochen. Wird sie endlich Realität? Kuba betont immer wieder, dass es jederzeit zu Verhandlungen mit den USA bereit ist, vorausgesetzt dass man auf Augenhöhe mit der karibischen Insel verhandelt. Das passt nicht so recht in das Konzept der USA. Bleibt abzuwarten, wie der Kampf zwischen David und Goliath weitergeht.

Interessante Links zum Thema: https://amerika21.de/2015/10/135332/kuba-usa-blockade-uno

https://amerika21.de/2015/08/126341/usa-botschaft-havanna

Ausblick auf den nächsten Beitrag in der OW-Dezember:

Guantánamo – US-Militärstützpunkt und was noch?

Wenn ich Freunden und Bekannten in Deutschland erzähle, dass ich in Guantánamo war, schaut man mich oft ungläubig an. Für viele ist dieser Ort Synonym des US-Militärstützpunktes. Dabei gibt es eine Stadt, die so heißt, die gleichzeitig Hauptstadt der gleichnamigen Provinz ist. Und es gibt ein Lied, dass viele auch nicht Kuba-Kenner mitsummen: Guantanamera – Mädchen aus Guantánamo.

Wenn man an der Grenze nicht nur „Asyl“ sagen müsste

Die Vermischung zwischen Asylgesetzgebung mit anderen Einwanderungsgründen schadet Deutschland: Es fehlen Regelungen für legale Einwanderung

Von Ralf Christoffes
Vorsitzender der Landtagsfraktion der LINKEN

Im Prinzip gibt es nur eine Möglichkeit legal nach Deutschland einzuwandern: Man beantragt an der Grenze Asyl, alle anderen sind schwierig und betreffen nur wenige Menschen *(siehe Grafik)*. In der LINKEN gibt es deshalb eine Ideenskizze für ein Einwanderungsgesetz, sie wird unterstützt von allen ostdeutschen Landesverbänden und der LINKEN in Hamburg. Derzeit wird sie so konkretisiert, dass sie den Fraktionsvorsitzenden und Landesvorsitzenden der LINKEN zu ihrer Beratung im Dezember in Elgersburg vorgelegt werden kann.

Damit keine Missverständnisse aufkommen: Die LINKE ist gegen eine Verschärfung des Asylrechts, setzt sich für die Integration von Flüchtlingen ein. Aber Deutschland ist eben auch seit Jahrzehnten ein Einwanderungsland, etwa 150.000 Menschen wandern pro Jahr ein. Allerdings muss man auch dazu sagen, dass im Gegenzug etwa genau so viele Deutsche das Land verlassen. Zwischen 2004 und 2013 wanderten 1,5 Millionen Deutsche aus der Bundesrepublik aus, vor allem in die Schweiz und die USA. Einwanderung ist etwas Normales – aber das rechtliche Verständnis in Deutschland ist nur auf Notsituationen begrenzt. Legale Möglichkeiten zur Migration zum Beispiel, weil man hier leben und arbeiten will, gibt es in Deutschland nur sehr eingeschränkt. Sie sind an Familiennachzug gebunden oder an zeitlich beschränkte Möglichkeiten wegen eines Studiums oder einer konkreten Arbeitstätigkeit.

Mit einem Einwanderungsgesetz könnte die Vermischung zwischen Asylgesetzgebung und weiteren Einwanderungsgründen aufgehoben werden. Damit könnte legale Einwanderung ermöglicht werden, die nicht nur aus Fluchtgründen erfolgt. So würde sich Deutschland an internationale Standards anpassen. Kanada und Australien haben Einwanderungsgesetze – auch die USA, bei aller Kritik ihrer Regelungen. Durch das Fehlen des Einwanderungsgesetzes beschränkt sich Deutschland in seinen Perspektiven und wird seiner Situation und seiner politischen Kraft nicht gerecht.

Es gab in Deutschland bereits mehrere Versuche, Einwanderungsgesetze zu erlassen, zuletzt durch Prof. Rita Süßmuth. Der Versuch ist jedoch an der CDU/CSU gescheitert. Die Konservativen versuchen über eine Verschärfung des Asylrechtes die Beschränkung von Zuwanderung zu erreichen. Das ist jedoch keine Option. Deutschland braucht längerfristig zusätzlich zur Asylgesetzgebung eine legale Einwanderungsmöglichkeit.

Zehntausende Menschen sind in Deutschland unterwegs, die nirgendwo registriert sind. Das ist nicht akzeptabel. Da helfen nur Regeln für legale Einwanderung. Deutschland braucht ein Einwanderungsgesetz.

In Deutschland gibt es folgende Einwanderer mit jeweiliger rechtlicher Regelung:

Spätaussiedler, Menschen deutscher Abstammung vor allem aus Osteuropa; Bundesvertriebenen- und -flüchtlingsgesetz, Aussiedleraufnahmegesetz,
Staatsbürger der Europäischen Union; Freizügigkeitsgesetz sowie Freizügigkeitsabkommen mit der Schweiz
Arbeitsmigranten aus Nicht-EU-Ländern, Aufenthaltsgesetz für Arbeitnehmer oder Selbstständige;
Familienangehörige Deutscher und hier lebender Ausländer; ggf. Nachzugsrecht nach dem Aufenthaltsgesetz
Studenten; Aufenthaltsrecht
Asylsuchende mit Flüchtlingsstatus; Artikel 16a Grundgesetz, Asylverfahrensgesetz
Flüchtlinge, Aufenthaltsrecht aus humanitären, politischen oder völkerrechtlichen Gründen; Aufenthaltsgesetz, ministerielle Erlasse, zumeist ohne Rechtsanspruch
Kontingentflüchtlinge; überwiegend aus der ehemaligen Sowjetunion (1991 bis 2004)
Illegale Einwanderer; kein regulärer Status

Wer soll für mich sorgen?

Im Gespräch: Sozialministerin Diana Golze und Justizminister Helmuth Markov

Gleich zwei Minister machen sich auf den Weg durch das Land um für das Thema Vorsorge zu werben. Warum ist dafür so viel Werbung nötig?

Diana Golze: Im Land Brandenburg ist seit Jahren die Anzahl der gerichtlich bestellten, rechtlichen Betreuungen auf einem hohen Stand. Wir wollen das ein stückweit bremsen, denn es ist immer besser, wenn Betroffene selbst bestimmen, wie ihr Leben auch in einer Situation der Hilflosigkeit aussehen soll.

Helmuth Markov: Rechtliche Betreuung – also über einen gerichtlich bestimmten Betreuer – ist immer die letzte Möglichkeit. Besser ist es, dass Menschen selbst entscheiden. Oft ist eine rechtliche Betreuung auch nicht die beste Hilfe. Jemand, der nicht schreiben und lesen kann, braucht beispielsweise eigentlich nicht unbedingt einen gesetzlichen Betreuer, sondern vielmehr einen Alphabetisierungskurs. Wir setzen uns daher auch bundesweit dafür ein, dass das Sozial- und Unterstützungssystem besser greift.

Warum sollte jede und jeder – egal wie alt – Vorsorgeregelungen treffen und was ist dabei zu beachten?

Helmuth Markov: Ein Unglücksfall oder eine Erkrankung kann jeden treffen. So nahe uns der Partner oder die Kinder auch stehen mögen, sie dürfen nicht ohne weiteres für uns handeln. Deshalb ist wichtig, dass Betroffene für den Fall des Falles vorgesorgt haben und die eigenen Wünsche bereits formuliert haben.

Diana Golze: Mit einer Vorsorgevollmacht kann das zum Beispiel jeder für sich ganz persönlich regeln. Will ich im Notfall künstlich ernährt werden? Wer soll im Falle des Falles mein Vermögen verwalten? Wer darf in meine Krankenunterlagen einsehen oder meinen Mietvertrag kündigen, wenn ich ins Heim muss? All diese Fragen sollte man vorher regeln. Eine wirksame Vorsorgevollmacht kann dann die gerichtliche Bestellung der Betreuung durch Angehörige oder einen Fremden entbehrlich machen.

Wo kann man sich darüber informieren?

Diana Golze: Ansprechpartner sind in erster Linie die anerkannten Betreuungsvereine und die örtlichen Betreuungsbehörden. Informationen gibt es aber auch beim Hausarzt, bei Notaren und Anwälten.

Helmuth Markov: Außerdem führen unsere beiden Ministerien derzeit eine Veranstaltungsreihe zu diesem Thema durch. Hier kann man ganz konkret seine Fragen loswerden. Außerdem gibt es eine Broschüre „Vorsorgevollmacht – an alles gedacht!“. Sie enthält Tipps, Beratungsstellen und Vordrucke, so dass man schnell den für sich richtigen Weg findet. Die Broschüre ist bei der Veranstaltung erhältlich. Sie kann auch bei der Pressestelle des Justizministeriums bestellt oder auf der Internetseite www.mdjev.brandenburg.de heruntergeladen werden.

Zahlungen an Landwirte

OW-Beitrag/pm

Angesichts der sinkenden Preise für Schweinefleisch und Milch sind viele landwirtschaftliche Betriebe auf die Flächenprämie aus der EU-Agrarförderung angewiesen. Landwirte befürchten jedoch, dass sich die Auszahlung über den Jahreswechsel hinaus verzögern könnte. Das hätte für einige verheerende Folgen, denn zum Jahresende werden Pacht- und Kreditverträge mit Großhändlern fällig. „Ich unterstütze deshalb die Bemühungen des Landwirtschaftsministeriums, eine Auszahlung zum Jahresende zu gewährleisten.“ erklärte die Landtagsabgeordnete der LINKEN, Anke Schwarzenberg, Ende Oktober. Dazu müssen auch auf Bundesebene und zwischen den Bundesländern die Voraussetzungen geschaffen werden. Außerdem fordert Schwarzenberg Maßnahmen, um den Markt zu stabilisieren und die Einführung einer steuerfreien Risikoausgleichs-Rücklage.

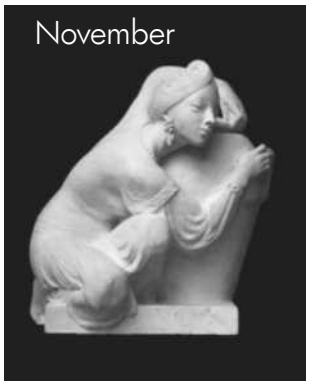
Forstaufgaben in die Kommunen?

OW-Beitrag/pm

Eine Kommunalisierung von Aufgaben des Landesforstbetriebes macht nach Auffassung der LINKEN im Landtag nur Sinn, wenn Aufgaben besser und effektiver wahrgenommen werden. „Dazu müssen noch viele Fragen geklärt werden“, erklärte die Landtagsabgeordnete Anke Schwarzenberg: „Es gibt eine enge fachliche und personelle Vernetzung der Forstbewirtschaftung und der Gemeinwohlaufgaben. Wenn man beides voneinander trennt – wie lässt sich garantieren, dass keine Synergieeffekte verloren gehen? Wie werden in Zukunft jene Gemeinwohlaufgaben erledigt, die eng mit der Bewirtschaftung zusammenhängen? Wie wird die Beratung von Privatwaldbesitzern sichergestellt? – Denen gehören schließlich zwei Drittel der Waldfläche in Brandenburg. Schließlich: Wie lässt sich das sehr spezifische Fachwissen des Landeskompetenzzentrums Forst in Eberswalde weiterhin der Forstverwaltung zur Verfügung stellen?“

Frauengeschichte(n)

Dorothea Christina Erxleben



Von Gisela Zimmermann

Dorothea wurde am 13. November 1715 in Quedlinburg als Tochter des Arztes Christian Leporin geboren. Von Kindheit an war sie von ihrem Vater – genau wie ihre Brüder – in die Heilkunde eingewiesen und zu den Kranken mitgenommen worden. Wegen ihres außerordentlichen Geschicks ließ er sich sogar von ihr in seiner Praxis vertreten. Sie wollte Medizin studieren, was aber zu dieser Zeit für Frauen nicht möglich war. Dorothea wehrte sich zunächst mit der Schrift »Gründliche Untersuchung der Ursachen, die das weibliche Geschlecht vom Studieren abhalten« (1742) gegen die Vorurteile ihrer Zeit. Beim preußischen König Friedrich dem Großen setzte sie durch, dass auf seine Anweisung 1741 die Universität in Halle Dorothea Leporin zur Promotion zuließ. Diese Sondergenehmigung nahm sie aber erst 1754 in Anspruch, da sie zwischenzeitlich den Diakon J. C. Erxleben, einen Witwer mit fünf Kindern, heiratete. Beide bekamen noch vier gemeinsame Kinder. Dorothea erweiterte trotz des großen Haushaltes ständig durch Fachstudien und praktische Tätigkeit ihr medizinisches Wissen. Ihre Heilerfolge erregten den Neid der Kollegen. Sie wurde der Kurpfuscherei bezichtigt. Um dem zu begegnen, promovierte sie 1754 mit großem Erfolg – offizielle Staatsprüfungen in Medizin konnten Frauen in Deutschland erst ab 1899 ablegen. Erxleben war eine angesehene Ärztin und bis zum Tod ihres Mannes die beliebte Frau Pastorin. Am 13. Juli 1762 starb sie im Alter von 46 Jahren in Quedlinburg.

Gedenken an Ehrenbürger

Bernauer LINKE und Kulturbund: 90. Geburtstag des Regisseurs Konrad Wolf

Von Margot Ziemann

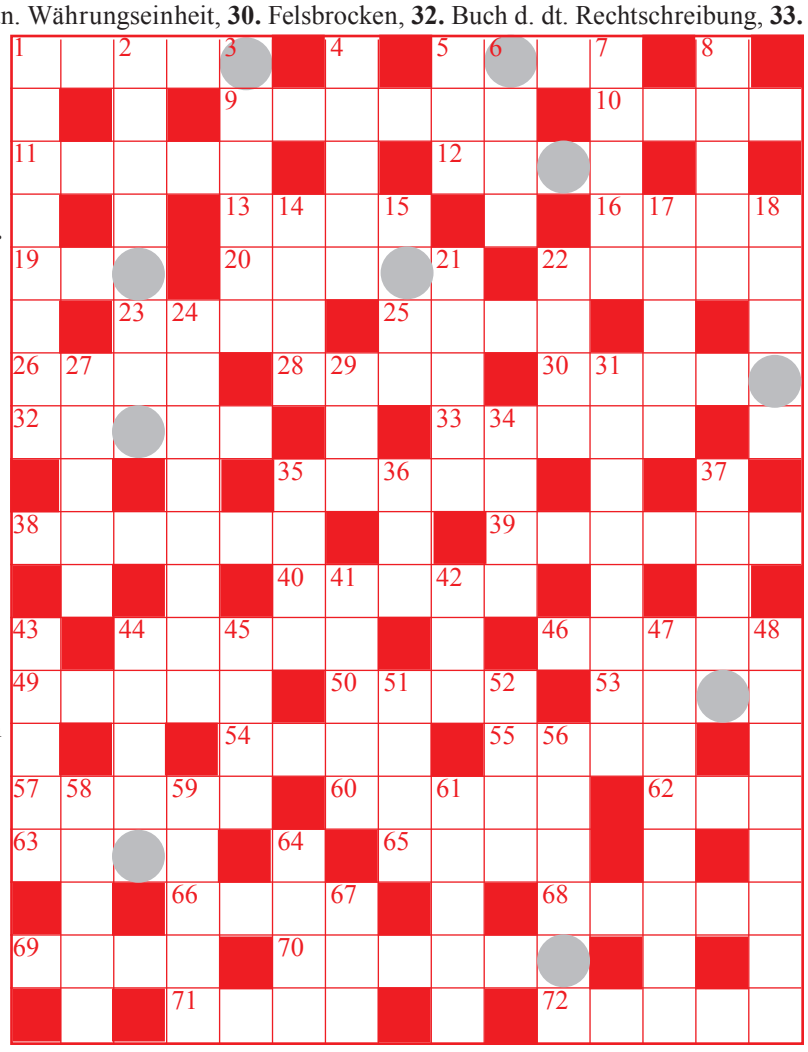
Die Bernauer LINKEN und der Niederbarnimer Kulturbund e. V. luden anlässlich des 90. Geburtstages des Antifaschisten und renommierten Filmemachers Konrad Wolf Mitte Oktober zu einer nachdenklichen Veranstaltung an der Gedenkstele für den Ehrenbürger im Stadtpark ein. Nach dem ehrenden Gedenken wurde im Bürgerbüro der LINKEN mit über 50 Gästen eine Ausstellung über Konrad Wolf eröffnet, sie kann noch **bis zum 20. November** besucht werden (dienstags und donnerstags: 9 bis 17, freitags: 9 bis 12 Uhr).

„Verzeiht, dass ich ein Mensch bin – und kein Held“, dies schrieb der Schriftsteller Friedrich Wolf an seine Söhne Konrad und Markus Wolf. Da war die Familie jüdischer Herkunft schon auf der Flucht aus Deutschland. Nach Versuchen des Vaters, 1933 in der Schweiz und Frankreich Asyl zu finden, traf die Familie 1934 in Moskau wieder zusammen. Der 9-jährige Konrad, vertrieben aus der schwäbischen Provinz, lernte russisch, besuchte eine Moskauer Mittelschule und fand dort Freunde fürs Leben. Sie waren dort, so würde man heute sagen, gut integriert. Doch schon 1937, zur Zeit der stalinistischen Säuberungen und erst recht nach dem Überfall der faschistischen Wehrmacht auf die Sowjetunion 1941, ging unter den deutschen Migranten die Furcht um. Dennoch, als 17-jähriger meldete sich Konrad Wolf freiwillig zur Roten Armee. Seit Januar 1943 war er als Dolmetscher und Übersetzer direkt im Fronteinsatz. Am 22. April 1945 erhielt der 19-jährige vor den Toren Bernaus einen handgeschriebenen Prikas, mit dem er zum Stadtkommandanten von Bernau ernannt wurde. Seinen Weg bis in das für ihn fremde, zerstörte Deutschland zeichnete er in seinem Film „Ich war 19“ nach, der 1968 in die Kinos kam und zum Teil in Bernau gedreht wurde. Als Regisseur drehte Wolf bis 1981 international anerkannte Filme wie „Sterne“, „Prof. Mamlock“, „Der geteilte Himmel“ und „Solo Sunny“. 1975 wurde er Ehrenbürger Bernaus.

Der Stadtvorsitzende der LINKEN, Thomas Sohn, an der Gedenkstele im Bernauer Stadtpark, skizzierte den Lebensweg Konrad Wolfs vom Flüchtlingskind bis zum Präsidenten der Akademie der Künste der DDR nach. Foto: wk

OW Preisrätsel

Gewinnerin der Oktoberausgabe: 1 Jahres-Abo „Eulenspiegel“ geht an: G. Sudau, Bernau, das Lösungswort der Oktober-Ausgabe lautete: Flüchtling. **Lösungswort dieser Ausgabe:** Die grau unterlegten Felder benennen einen menschlichen Wunsch nach einer Flucht; **bis zum 5. Dezember 2015** an: Die LINKE Barnim, Redaktion OW, Heegermühler Straße 15, 16225 Eberswalde oder E-mail: offeneworte@dielinke-barnim.de; **Preis dieser Ausgabe:** 1 Jahres-Abo „Eulenspiegel“. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Waagerecht: 1. Wortteil, **5.** Hauptstadt Lettlands, **9.** sächs. Kreisstadt bei Dresden, **10.** Festkleidung, **11.** zykl. Zwischenprodukte in der Chemie, **12.** dt. Popsängerin, **13.** dt. Rechenmeister (1492 bis 1559), **16.** Ziergefäß, **19.** dt. Wirtschaftsforschungsinstitut (Abk.), **20.** eine der Weltreligionen, **22.** Stadt am Rand d. Spreewaldes, **23.** Ureinwohner der Philippinen, **25.** weibl. Wassergeist, **26.** Begrenzung, **28.** ehem. span. Währungseinheit, **30.** Felsbrocken, **32.** Buch d. dt. Rechtschreibung, **33.** Titelfigur einer Defa-Komödie, großer Publikumserfolg (1978), **35.** Leistungskategorie im Hotelgewerbe, **38.** Teil einer Uhr, **39.** Naturwissenschaft, **40.** altertüml., **44.** dt. Journalist u. Schriftsteller (geb. 1962), **46.** Werkzeug, **49.** ein Wollgewebe, **50.** Titelgestalt b. Tolstoi, **53.** Metallstift, **54.** Staat d. USA, **55.** durchsichtiges Gewebe, **57.** Unfug, **60.** radioaktives chem. Element, **62.** best. Artikel, **63.** landessprachl.: Irland, **65.** engl. Adelstitel, **66.** erdgeschichtl. Formation, **68.** älterer Bruder d. Moses im Alten Test., **69.** Wurzelgemüse, **70.** Aufbewahrungsmöbel, **71.** freundlich, **72.** ein Kartenspiel

Senkrecht: 1. Mindestanforderung, **2.** Utensil bildender Künstler, **3.** Ruheständler, **4.** hellster Stern im Orion, **5.** nord. Hirsch, **6.** weibl. Vorname, **7.** Gattung d. Spargelgewächse, **8.** synthet. Kunststoff, **14.** Nebenfluss d. Donau, **15.** Fluss in Bosnien-Herzegowina, **17.** Provinz und Region in Chile, **18.** zum christl. Herrscher konvertierter König von Axum (4. Jh., Ostafrika), **21.** Habichtart, **22.** eine Seuche, **24.** Gruppe im Periodensyst. d. Elemente, **27.** Sinnesorgan (Mz.), **29.** griech. Buchstabe, **31.** Duldsamkeit, **34.** Benutzername im Internet, **35.** altes Apothekergewicht, **36.** Hinweis, Tipp, **37.** Milchtier, **41.** autonomer Bezirk d. Tibeter in Sichuan, **42.** Nebenfluss d. Donau, **43.** inneres Organ, **44.** wohlriechender Duft, **45.** Gewürz- und Heilpflanze, **47.** Unterer, **48.** lokales Netzwerk, **51.** Sinnesorgan, **52.** Gallert aus ostasiat. Algen, **56.** Gebälkträger in Form einer Männerfigur, **58.** Großkatze, **59.** chem. Element, Halbmetall, **61.** Verwandte, **64.** Vereinbarung, **67.** Rundfunkempfangsanlage (Abk.)